

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stuckateure, Altpflasterer, Fliesenleger, Ofenbauer, Glaser aller Art, Steinholzer und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Bauergewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die jegebundene Milli-
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abküssen Rabatt,
ber nur als Kassarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigegebundene Kleinzeile 3 M.,
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.

Unser zweiter ordentlicher Bundestag.

Große Tage für unsern Bauergewerksbund! So kann man sagen angesichts unseres Bundestages, dieser höchsten und entscheidenden Körperschaft unserer Gewerkschaft, der am 25. September im „Lianon“ zu Dresden zusammentrat, um unsere gewerkschaftlichen Waffen erneut zu prüfen, die Säugung zu untersuchen, ob sie noch zeitgemäß sei und sich zur Lätigkeit des Bundesvorstandes kritisch zu äußern, seine Politik in allen die Mitglieder betreffenden Angelegenheiten entweder gutzuheißen oder zu verwerfen. Voraus gingen den Verhandlungen des Bundestages Beratungen des Bundesbeirats und Bundesvorstandes, um zu den vielen Anträgen an den Bundestag eingehend Stellung zu nehmen und sie auf ihre Brauchbarkeit zu untersuchen. Auch die von Kollegen aus allen Bezirken zusammengesetzte Sägungskommission trat bereits vor Eröffnung des Bundestages zusammen, um praktische Arbeit zu leisten und die Reuegestaltung unserer Säugung zu fördern. Nach und nach trafen auch die Abgeordneten und Gäste des Bundestages in Dresden ein. So wurde dann im feierlich geschmückten Saale des „Lianon“ am 25. September nachmittags 5 1/2 Uhr der Bundestag durch Friß Paeplow eröffnet. Er begrüßte die Erschienenen auf das herzlichste, dankte den Dresdener Kollegen für ihre zutage gelegte Mühe und Sorgfalt bei der Unterbringung der Abgeordneten und Gäste, und rühmte die Vorzüge der Stadt mit ihren hervorragenden prachtvollen Bauwerken und ihrer herrlichen Umgebung. Im besonderen begrüßte Paeplow die Vertreter der sächsischen Regierung, der Behörden und der ausländischen Bruderorganisationen, den Vertreter des ADGB, Peter Grafmann, den Kollegen Ellinger vom Verband sozialer Baubetriebe, den Bauarbeiterführer Sachse, den als Gast geladenen alten Kollegen Eichhorn, die Vertreter der deutschen Bruderorganisationen und den Vertreter vom Untab. Paeplow begrüßte ferner den gleichfalls als Gast geladenen Kollegen Julius Fräßdorf, einen alten Veteranen der Kämpfergruppe, dessen Verdienste um die Arbeiterbewegung, im besonderen um den Bauarbeiterführer, allgemein bekannt sind. Die Reichsregierung habe trotz Einladung keinen Vertreter entsandt. Angeblich habe sie keine Zeit (hört, hört!); sonst habe sie immer Zeit, wenn es sich um Lagungen der Schwerindustriellen oder des gewerblichen Mittelstandes handelt. Wir halten an dem durchaus richtigen Grundsatz fest, daß die Arbeiter den wichtigsten Bestandteil der Wirtschaft darstellen, deshalb sei die Einstellung der Reichsregierung zu unserer Einladung ganz besonders merkwürdig. (Zuruf: Von diesen Herrschaften war nichts anderes zu erwarten!) Zum Schluß widmete der Redner den inzwischen verstorbenen Bundesmitgliedern und dem verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert herzlichste Worte dankbaren Andenkens.

Es folgten Ansprachen der Gäste. Der sächsische Regierungsvorsteher, Arbeitsminister Eisner, fand für die notwendige Hebung des Wohnungsbaues, die Verbesserung des Bauarbeiterführers und die Wichtigkeit der sozialen Bauhelfenbewegung freudige Worte; Baudirektor Louis, Dresden, bekundete das lebhafteste Interesse der Stadt Dresden für die sozialen Belange der Bauarbeiter; Kristian Peterson, der Senior der Bauarbeiterinternationalen, überbrachte die Grüße der dänischen Bauarbeiter und der Internationalen der Bauarbeiter. Vom Untab sprach Eugen Luftig, wobei er die Gemeinsamkeit der Interessen der Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes be-

fonte; vom Verband sozialer Baubetriebe August Ellinger, der seine Zufriedenheit mit dem Stand des Verbandes sozialer Baubetriebe zum Ausdruck brachte. Unsere Bauhelfen und die in Oesterreich seien noch das einzige Gut an sozialen Arbeiterunternehmungen, das aus der Begeisterung der ersten Nachkriegszeit übriggeblieben ist. Sie auch fernerhin zu stützen und zu schärfen, sei eine unserer vornehmsten Aufgaben. Alle Redner wünschten dem Bundestag besten Erfolg.

Hierauf wurde zur Konstituierung des Bundestages geschritten. Die Vorstehenden des Bundes wurden zu Vorstehenden des Bundestages ernannt, als Schriftführer wurden gewählt: Ruff, Dortmund, Krause, Berlin, Papenbrock, Rostock, Brandt, Bunsau, Weick, Karlsruher, Wolfram, Nürnberg, Eckstein, München, Jäger, Köln, und Wiese, Hamburg. In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt die Kollegen Deberge, Barth; Budorath, Alst; Mangold, Mannheim; Rosenfeldt, Luffingen, und Gutfahr, Leipzig. Die Beschwerdekommision bilden die Kollegen Wille, Halberstadt; Stampe, Emden; Purfürst, Berlin; Debus, Oelsenkirchen; Kleinfeld, Lübeck; Dieß, Bayreuth, und Kundt, Breslau. Ferner wurde eine Anstellungskommission gewählt. — Die Sägungskommission ist bereits gewählt und hat ihre Arbeiten beinahe beendet. — Die provisorische Geschäftsordnung wurde genehmigt. Dann wurde die Tagesordnung festgelegt. Sie lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes, der Schriftleitung des „Grundstein“ und des Ausschusses.
2. Unsere Bundestagung. Beratung der hierzu gestellten Anträge.
3. Beratung der sonstigen Anträge.
4. Festsetzung der Anstellungsbedingungen.
5. Sägung der Bundestage.
6. Wahl der Abgeordneten zum Gewerkschaftskongress 1928.
7. Gewerkschaften und Arbeitsrecht. Bauarbeiterführer.
8. Die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft, insbesondere zur Bauwirtschaft.

1. Wahl des Bundesvorstandes, des Bundesausschusses, der Bezirksleiter und der Schriftleitung des „Grundstein“.

10. Schlußwort.

Damit waren die Vorarbeiten für die Abhaltung des Bundestages erledigt. Der Vorstehende verlas den Bundestag auf den nächsten Tag vormittags 9 Uhr. Anschließend fand ein Kommerz zu Ehren der Bundestagteilnehmer statt, wobei neben einer Begrüßungsrede des Kollegen Barth, Dresden, musikalische und gesangliche Darbietungen in geradezu meisterhafter Weise zum Vortrag gebracht wurden.

Erster Verhandlungstag. Vormittags-Sägung.

Der Vorstehende Bernhard eröffnete gleich nach 9 Uhr den Bundestag. Er begrüßte zunächst noch einige der erschienenen Gäste und dankte für mehrere Begrüßungsreden von ausländischen Bruderorganisationen. Auch vom Vertreter des „Grundstein“, dem alterprobten Genossen Heinrich Wille, ist ein Begrüßungsschreiben eingelaufen, für das der Vorstehende ebenfalls herzlich dankt. Dann begrüßte Genosse Grafmann vom Vorstand des ADGB den Bundestag. Er beklammerte den Bauergewerksbund zum guten Ausgang seines Großkongresses 1925 und zu dem selber stattgefundenen erfreulichen Mitgliederanstieg des Bundes. Den Verhandlungen wünscht er besten Erfolg. Nach weiteren Begrüßungsworten durch den Vor-

stehenden vom Ortsauschuß Dresden wird in die Tagesordnung eingetreten. Den

Bericht des Bundesvorstandes

erstattet der Vorstehende Friß Paeplow. Er erinnert zunächst daran, daß sich im vorigen Jahre ein außerordentlicher Bundestag notwendig gemacht hatte, um einiges, was krank am Bundesschicksal zu heilen. In der deutschen Arbeiterbewegung bestimme immer noch der Streit über den Weg zum Ziel. Diese Zerplitterung ist bedauerlich, zumal er von gewisser Seite in oft wüster Form ausgegredet wird. Wir werden es wieder erleben, in welcher verhängnisvoller Weise die kommunistische Presse über unsern Bundestag herziehen wird. Dies soll uns jedoch nicht beirren. Wir schreiten unsern Weg weiter. Politik und Wirtschaft sind nicht voneinander zu trennen. Leider haben dies viele Arbeiter noch nicht begriffen. Sie zerplittern sich durch politische und religiöse Anschauungen, stehen noch vielfach im Lager unserer ausgegredeten Gegner, und schwächen damit die Stöckkraft der Arbeiterbewegung. In unserer Wirtschaft fehlt die Wirtschaftsführung. Auch hier muß alles durcheinander. Die Bauwirtschaft entbehrt gleichfalls jeder Planmäßigkeit. Weder in der Verwendung der Mittel für den Wohnungsbau noch im Bauplan selbst herrscht eine einheitliche Ordnung. Jedenfalls ist der Stand des Wohnungsbaues unbefriedigend. Davon ändert auch nicht viel, daß zur Zeit der Beschäftigungsgrad im Häuserbau befriedigend ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Jahr 1928 schon wieder einen Niedergang bringt. Die Wohnungsnot ist groß. Es dürfte noch ein Jahrzehnt, wenn nicht länger dauern, ehe sie behoben ist. Das Arbeitsrecht ist noch unvollkommen. Genauer genommen, sollten wir nicht für ein Arbeitsrecht, sondern für ein sozialpolitisches allgemeines Arbeitsrecht eintreten, das alle in gleicher Weise bedeckt. — Unsere Mitgliederzahlen sind wieder im Steigen begriffen. Bei Abschluß des 1. Quartals 1927 hatten wir schon einen kleinen Ueberschuß an Mitgliedern gegenüber dem Durchschnitt 1926, bei Abschluß des 2. Quartals zählten wir bereits über 380 000 Mitglieder, am 5. September hatten wir 390 000 Mitglieder, vielleicht haben wir heute die 400 000 voll. 150 000 Mitglieder fehlen uns noch gegenüber unserm Höchststand von 1923. Nun, diese Leute hatten wohl nicht zu unserm Bund das rechte Vertrauen, wir zu ihnen allerdings auch nicht. Es läuft viel persönlich Unkontrollierbares und Unbestimmtes durch die Gewerkschaften, Leute, die nur ihren Wünschen leben, weil ihnen die höhere Einlichkeit über Zweck und Ziele der Gewerkschaften und in die Wirtschaftszusammenhänge fehlt. Die Erwerbslosigkeit unserer Mitglieder dürfte zur Zeit 3/5 betragen. Sie wird — vor allem auf Grund unrichtiger Arbeitsverteilung — zum Winter wieder erheblich ansteigen. Die Beitragszahlung unserer Mitglieder läßt zu wünschen übrig, vor allem weil sie ungenügend beeinflusst durch die oft im Baugewerbe auftretende Arbeitslosigkeit. Dafür können unsere Mitglieder nicht, jedoch müssen sie in der Beitragszahlung pünktlicher und freudiger werden. Unsere Kassensysteme haben sich gebessert, sind jedoch angesichts des großen Umfangs der Organisation immer noch ungenügend. Unsere Unterstüßungseinrichtungen erfordern erhebliche Opfer. — Die Bauhelfenbewegung steht befriedigend, Aufgabe der Mitglieder ist es, diese Bewegung auch fernerhin tatkräftig zu unterstützen. Wir müssen unsere Bauhelfen vorbildlich zu gestalten suchen und das ganze Land mit einem Netz von sozialen Bauhelfen überspannen, um dann die kapitalistische Bauwirtschaft endgültig aus dem Sattel zu heben. Das ist praktische sozialistische Arbeit. — Der Bauarbeiterführer muß nach wie vor gefördert werden, daran haben alle Mitglieder mitzuarbeiten. Damit hängt das Baudelegiertenwesen eng zusammen. Die Baudelegierten müssen dem Bund treu sein, sich kraft ihres Amtes überall für genügenden Bauarbeiterführer einsetzen. — Der Gewerkschaftskongress 1925 in Dresden zeigte ein ruhigeres Bild als sein Vorgänger. In der Frage der Schaffung von Industriearbeiterorganisationen ist jedoch in Dresden nur ein Kompromiß zustande gekommen, das wohl keinen so recht befriedigt. Immerhin ist grundsätzlich für die Industriearbeiterorganisation entschieden worden, jedoch in so veräußerlicher Form, daß es in dieser Frage im allgemeinen beim alten bleiben dürfte. Als einflussreiches Auswahlmittel schlägt man Kartellverträge vor, ein solcher ist kürzlich vom Vorstand des ADGB, auch für das Baugewerbe vorgelegt worden. Derselbe Vertrag, obwohl er eine schwungvolle Einleitung enthält, sei die Zustimmung zu verfragen, er führt nicht zum Einzel, zum organisatorischen Zusammenschluß aller Bauarbeiter. Der Redner behandelte anschließend die Kämpferfrage. Der Fabrikarbeiterverband sei schon seit Jahrzehnten in das Organisationsgebiet des früheren Kämpferverbandes eingebrochen. Durch

diesen widerrechtlichen Einbruch gehörten ihm neben dem ihm ausgesprochenen Jiegeln auch Töpfer an. Bei Schaffung des Keramischen Bundes wurden dann für diesen auch die Töpfer reklamiert. Vom Standpunkt der Industrieorganisation aus konnte man dieses Verlangen nicht ohne weiteres zurückweisen, jedoch liegt es außerhalb jeder Diskussion, auch die Denselger und Densformer abzutreten. Man wurde nicht einig. Der vom Vorstand des DGB, schließlich gemachte Vorschlag auf Zuteilung der verschiedenen Gruppen an Baugewerksbund und Fabrikarbeiterverband ist ein Fehlgriff, wir können ihm nicht folgen, er führt zu neuer Zersplitterung. In der Frage der Zement- und Kunststeinarbeiter soll es nach dem Spruch des DGB, gleichfalls bei der organisatorischen Zersplitterung dieser Gruppe bleiben. Auf anderen Gebieten sehen wir gleichfalls



Barth, Dresden.

eine geradezu trostlose organisatorische Zersplitterung. Erkenntnis sei nur an die Tischbauarbeiter, die sich in allen nur denkbaren Organisationen befinden, zum großen Schaden der Arbeiter. Wir sind mit der Arbeit des Vorstandes vom DGB, unzufrieden, obwohl wir seine schwierige Stellung innerhalb der Gesamtheit nicht verkennen. — In der S a h u n g s k o m m i s s i o n des DGB, sind bereits einflussreiche Neuerungen beschlossen worden, die zum Teil schon auf diesem Bundesstag verwirklicht werden können. — Unsere Jugendorganisation hat sich nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten sehr gut entwickelt. Wir werden zu ihrer Weiterentwicklung und Vervollkommenung noch mehr tun müssen. Wir müssen uns den gewerkschaftlichen Nachwuchs sichern. In der Vertiefung des Wissens unserer Mitglieder wird nach wie vor durch Presse und Vorträge alles getan werden. Das „Bauwerk“ sollte weit mehr von den Kollegen gelesen werden, es dient der Ergründung des gewerblichen Wissens. Wir werden auch Wirtschaftskreisen zur Hebung der Wirtschaftserkenntnis errichten, der Anfang dazu ist gemacht. — Die uns entgegenstehenden Arbeiterorganisationen haben außer dem christlichen Bauarbeiterverband, der 40 000 Mitglieder zählen dürfte, keinerlei Bedeutung. Unsere internationale Bauarbeiterbewegung zeigt noch manchen Mangel in der einseitigen, internationalen Zusammenfassung aller Bauarbeiterorganisationen. Auch auf diesem Gebiete werden wir rastlos weiterwirken und durch Gegenseitigkeitsverträge das Los unserer Mitglieder zu erleichtern suchen. Nachdem der Redner über die bekannten Vorgänge auf dem internationalen Gewerkschaftskongress 1927 gesprochen, leitete er über zu den Tarif- und Lohnbewegungen und dem Reichstarifvertrag. Er erinnerte dabei an den Großkampf 1925, befragte dann die im Jahre 1926 herrschende Spiegelthal-Aera, die Schaffung des Reichstarifvertrages und die im Frühjahr dieses Jahres erreichten Lohnniederbungen. Der Reichstarifvertrag zeige noch erhebliche Mängel. So ist darin die Arbeitszeit nicht geregelt; trotzdem werden wir unter allen Umständen am Achtstundentag festhalten. Auch andere Bestimmungen im nunmehr allgemeinverbindlich erklärten Reichstarifvertrag sind unbefriedigend; die Lehrlingsklausel sei gut, finde aber dafür heftige Anfeindung durch die Unternehmer. Auf jede Weise veruchen die Vertragsbestimmungen zu sabotieren. Dagegen werden wir mit allen Mitteln ankämpfen. Der Angriff der Unternehmer, den Achtstundentag im Ausgewählte Auslegung des § 3 Absatz 1 des Reichstarifvertrages, ist bisher abgemehrt worden. Der Redner beleuchtet zum Schluss die in den letzten Jahren stattgefundenen Lohnregelungen im Baugewerbe, die sich gegenüber der Lohnentwicklung in anderen Gewerben keineswegs zu verrecken brauchen. Der Vergleich widerlege treffend das Gerücht unserer Unwissenheit oder böswilligen Gegner, der Baugewerksbund lasse den nötigen Kampfeifer vermissen. Wir können, an die vielfach widrigen Umständen gemessen, mit unsern Lohnniederbungen zufrieden sein. Mögen nun die Abgeordneten über unsere Tätigkeit urteilen. Arbeiten wir im übrigen in alter Weise weiter zum Vorteil unserer Mitglieder! (Lebhafte Beifälle.)

Nachdem dann der Hauptkassierer K o b e r ausführlich über den Stand der Kasse, ihre Einnahmen und Ausgaben berichtet, berichtete für die Schriftleitung des „Grundstein“ Kollege S c h m i t t. Die Tätigkeit der Schriftleitung liegt ja allmählich allen Mitgliedern zur Einsichtnahme und Prüfung vor, es ist überflüssig sich also, darüber noch hier längere Ausführungen im einzelnen zu machen, ich überlasse es den Delegierten, daran die S o n d e der Kritik anzulegen. Die Kassen einer achtseitigen Nummer betragen gegenwärtig mit Verpackung Porto rund 8700 M., je Druckzelle sind das 3 M., was ich die Berichterstatter aus den Baugewerkschaften und Fachgruppen besonders zu beachten bitte. Die Anzeigen im „Grundstein“ erbringen bei dem jetzigen Stande im Jahre etwa die Kosten für 10 Nummern, oder die Kosten für die Gehälter aller am „Grundstein“ und unsern andern Blättern beschäftigten Kollegen mit Einschluß der Expedition. Das Fachblatt unseres Bundes „Das Bauwerk“, hat jetzt 4100 Abnehmer. Das sind entschieden zu wenig. Für das „Bauwerk“ muß weit mehr als bisher gewonnen werden.

Ernsthafte Beschwerden gegen die prinzipielle und faktische Haltung der Schriftleitung sind während der Berichtsperiode nicht eingegangen. Briefe anonymen Art, wie ich erst vorige Woche einen erhalten habe, der das Verlangen ausdrückt, es müsse im „Grundstein“ im Namen der Menschlichkeit für die Abschaffung der Todesstrafe eingetreten werden, aber gleich darauf wünscht, daß die „Grundstein“-Redaktion, wie Sacco und Vanzetti auch den elektrischen Stuhl besteuern müsse, weil sie nicht genügend für die Rettung dieser Unglücklichen getan habe, finden verdientermaßen ihren Platz im Papierkorb und sind damit erledigt. Zur Frage der politischen Neutralität ist zu sagen, daß die Schriftleitung einen Unterschied machen muß zwischen gewerkschaftsfeindlichen und gewerkschaftsfeindlichen Parteien. (Geht richtig!) Bisher erweist sich, daß nur die Sozialdemokratische Partei die Gewerkschaften rückhaltlos unterstützt und ich kann schon jetzt erklären, daß der „Grundstein“ bei der nächsten Reichstagswahl, wenn ich die Ehre haben sollte, dann noch Schriftleiter zu sein, mit allen Kräften für die Sozialdemokratische Partei eintreten wird. (Lebhafte Beifälle.) Vorträgen aus Moskau nehmen wir nicht an. Die Kommunistische Partei hat ihr politisches und gewerkschaftliches Unvermögen zur Genüge erwiesen. Für uns als Gewerkschafter kommt demnach nur die Sozialdemokratische Partei in Betracht. Sie schlägt und stützt in jeder Weise unsere gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen. Stützen wir sie, dann stützen wir damit unsere Belange. Deshalb kann es nur heißen: Jungens der Gewerkschaften für die Sozialdemokratie! (Starker Beifall.)

Den Bericht über die Tätigkeit des Bundesauschusses erstattete Kollege Otto Hanke, Berlin. Er ergänzte den schriftlichen Bericht dahingehend, daß noch 8 Beschwerden eingegangen seien. Eine Beschwerde von vier ausgeschlossenen Mitgliedern in Düsseldorf, die entsprechend der bekannten Anweisung der SPD, zu den Bundesstagswahlen in den Mitgliedereinigungen gearbeitet hatten, wurde zurückgewiesen. Desgleichen je eine



Paepflou.

Beschwerde eines Kollegen aus Plauen i. V. und aus Frankfurt a. M., die letztere ist allerdings nur teilweise zurückgewiesen worden. Eine weitere Beschwerde in einer Sterbefallunterstützung wurde zugunsten des Beschwerdeführers erledigt. Die achte Beschwerde konnte noch nicht erledigt werden. Aus den Beschwerden ergibt sich, daß viele Bundesmitglieder nicht unsere Zeitung kennen. — Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

N a c h m i t t a g s s i t z u n g.

In der Nachmittagsitzung wird sofort in die A u s s p r a c h e

eingetreten. Als erster Redner wendet sich J h e n, Hamburg, dem Gedankens des Industrieverbandes zu. Er kennzeichnet die bisher von andern Verbänden betriebene Durchkreuzung der Verwirklichung des Gedankens des Industrieverbandes als die typische Rückständigkeit gewisser Berufsverbände, gegen die auch der Bundesvorstand des DGB, nichts zu unternehmen wage. Redner lehnt den vom DGB, ausgearbeiteten Kartellvertrag, der die endgültige Schaffung von Industrieverbänden nur verhindern würde, ebenfalls ab. Wir können uns auch nicht mehr die Quertreiberei des Fabrikarbeiterverbandes gefallen lassen, der in unsern Kunststeinarbeiter-Organisationsgebiet eingreift und nicht davor zurückschreckt, Verträge abzuschließen, die für die Unternehmer günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten. Der Fabrikarbeiterverband scheut nicht davor zurück, auch ausgesprochene Betonarbeiter, nämlich Flechter und Wiegler, in ihren geringwertigen Vertrag aufzunehmen. Wir erwarten vom DGB, wenn unsere Mitgliedschaft bei ihm einen Sinn haben soll, daß er hier Ordnung schafft und sich mehr der Verwirklichung des Industrieverbandesgedankens widmet!

W e i s e r, Bamern: An den DGB, zu appellieren, ist in der Organisationsfrage zwecklos. Nur die oppositionellen Kollegen seien konsistente Industrieverbände. Der Redner verliest eine Anzahl Schreiben über die Industrieverbandesfrage und beendet seine Ausführungen mit einer durchaus unangebrachten politischen Bemerkung.

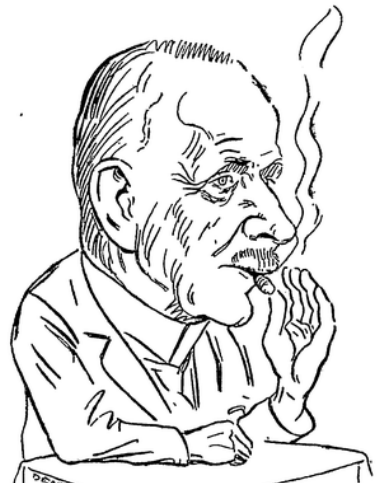
W e i t h a l, Hamburg: Das „Bauwerk“ müsse in seinem Verkaufspreis herabgesetzt werden. Die Zielensleger und auch die Töpfer lehnen es ebenso einmütig wie entschieden ab im Fabrikarbeiterverband aufzugeben. Das Verhalten des DGB, unserer Organisation gegenüber ist einfach unverständlich.

W a r t s c h, Reichsfachgruppenobmann der Töpfer: Bereits im Jahre 1905 haben die Töpfer für die Schaffung einer großen Organisation der Keramiker gearbeitet.

Leider haben 1913 die Glasarbeiter die Schaffung einer keramischen Organisation abgelehnt. Durch den Krieg sind diese Bestrebungen unterbrochen worden. Als 1919 die Schaffung eines Baugewerksbundes geplant wurde, haben die Töpfer 1920 in Weihen beschlossen, sich dem Baugewerksbund anzuschließen. Eine Zersplitterung der seit 40 Jahren gemeinsam organisierten Töpfer und Denselger ist eine Unmöglichkeit. Wenn man die vielen Einträge in unser Organisationsgebiet durch den Fabrikarbeiterverband darstellen wollte, würden 3 Stunden nicht ausreichen. Unser Verbandsrat hat das Aninnen des DGB, daß die gesamte Töpferfachgruppe in dem Fabrikarbeiterverband aufgehen solle, e i n m ü t i g abgelehnt. Sie müssen aus lohnpolitischen und faktischen Gründen — weil Denselger vielfach auch als Plattenarbeiter arbeiten — unbedingt zusammen und im B a u g e w e r k s b u n d bleiben. Der Fabrikarbeiterverband ist auch nicht in der Lage, so günstig in der Lohnpolitik für die Töpfer zu wirken, wie der Baugewerksbund. An einen Uebertritt der Töpfer in den Fabrikarbeiterverband ist nicht zu denken. Es ist noch bemerkenswert, daß seiner Zeit beim Uebertritt des Töpferverbandes in den Baugewerksbund weder die Glasarbeiter noch die Porzellaner Einpruch erhoben haben. Erst dem „Keramischen Bund“ des Fabrikarbeiterverbandes blieb es vorbehalten, ungerechtfertigten Anspruch auf die Töpferfachgruppe zu erheben. Redner begründete zum Schluß eine von der Töpferfachgruppe an den Bundesstag eingereichte Entschleunigung.

D r o g e m a l l e r, Berlin, wendet sich zunächst Fragen der Bauwirtschaft zu. Von allen möglichen Stellen seien Bauprogramme ausgearbeitet worden, selbst vom Reichsbürgerrat. Es wäre sehr erfreulich gewesen, wenn die Gewerkschaften mehr Druck auf die Behördenstellen ausgeübt hätten, um das Bauprogramm des DGB, mehr zur Anerkennung zu bringen. Dies Programm scheint überhaupt ganz verschwunden zu sein. Ein Skandal ist es, wenn heute mit Baumitteln Mittelbehalten bestehen werden. Jeder Privatmann könne im Ausland eine Anleihe aufnehmen; aber wenn eine L a n d e s v e r m a l t u n g eine Anleihe für Bauzwecke aufnehmen will, dann führe die Reichsregierung dazumischen und erkläre dies für volkswirtschaftlich unzulässig. Miesehergehungen dürfen nur dann eintreten, wenn das Mehreinkommen wieder reiflos dem Wohnungsbau zufließt. — Die niedrigeren Beiträge anderer Verbände sind für einige Mitglieder auch der Inhalt zur Beitragsmängel. Wenn der Reichstarifvertrag auch nicht in allen Teilen gut ist, so ist er doch vom allgemeinen Standpunkt der deutschen Bauarbeiter aus von Vorteil. Bei der Schaffung eines neuen Vertrages müsse allerdings den bezirklichen Erfordernissen mehr Rechnung getragen werden. Starke Bezirke müssen ihre Kraft zu besonderen Verbesserungen auszuüben können.

M e i s e r, Breslau: Akkordarbeit und Bestrebungen auf Verbesserung des Bauarbeiterlohnes sind miteinander unvereinbar. Das beweist auch ein Bericht der hamburgischen Baugewerkschaftsgenossenschaft. Wir sollten nicht auseinandergehen, ohne in der Akkordfrage zu einer klaren Stellungnahme zu kommen. Rationalisierung und „laufendes Band“ helfen den Arbeiter schon jenseits mehr, als vom menschlichen Gesichtspunkt aus gut ist, an seine Arbeitsstelle. — In der Industrieverbandesfrage müsse auch einmal von den Zimmerern gesprochen werden. Wenn wir von der modernen Arbeiterbewegung sprechen, dann muß gesagt werden, daß wir nicht mehr modern sind, wenn keine kleine Organisation glaubt, daß es unbedingt nötig ist, daß sie als kleines „Königium“ weiter bestehen muß. Es ist unglücklich, wie leichtfertig von Leitern anderer Verbände der Gedanke des Industrieverbandes behandelt



Der Hauptkassierer

wird. — Ferner ist es wohl unbedingt notwendig, daß das Haupttarifamt eine Fehlbildung Nummer 33 revidiert. Auch in der Erwerbslosenfrage und der Frage der Notstandsarbeiter zeige sich die Notwendigkeit des Zusammenflusses zu Industrieverbänden. Bei Notstandsarbeiten wird immer der Tarifvertrag genommen, der den niedrigsten Lohn für Erd- und Tiefbauarbeiter enthalte. Bald ist es dieser, bald jener Tarifvertrag.

D i e h, Frankfurt a. M.: Wir müssen uns gegen jede Miesehergehungen erklären. Der Mitgliederverlust ist auf unsere hohen Beiträge zurückzuführen. In der Industrieverbandesfrage habe der DGB, fürs Kapital“ gearbeitet. Der Redner wendet sich „als kommunistischer Arbeiter“ gegen die Schriftleitung des „Grundstein“ und gegen die heutige Bauarbeiterbewegung.

P u r s a c k, Berlin: Auch der Holzarbeiterverband greift in unser Organisationsgebiet ein. Er hat viele Rahmengeräte, die früher unserm Glaserverband angehörten, zu sich herübergezogen. Redner führt dafür Beispiele aus einigen Städten an, wo der Holzarbeiterverband versuche, nicht nur Einzelmitglieder, sondern auch ganze Zunftstellen zu sich herüberzuziehen. Auch der Maler- und Glaserverband versuche hier und da, Mitglieder unserer Glaserfachgruppe für sich zu gewinnen. Leider sind unsere Kollegen, auch die Baugewerkschaftsfunktionäre, nicht immer auf der Höhe.

R e i n i c k e, Leipzig: Einige Entscheidungen des Haupttarifamtes sind für die Tiefbauarbeiter nicht von Vorteil gewesen, sie haben nur Mißtrauen hervorgerufen. In der Akkordfrage herrschen auf beiden Seiten der Tarifvertragssträger Mißverständnisse. Es müssen unbedingt in bezüglichen Rahmenverträgen Richtlinien für Akkordarbeit geschaffen werden.

B e i s i g, Bielefeld: Die Osenformern dürfen nicht vom Baugewerksbund getrennt werden. Im Fabrikarbeiterverband würde sich ihre wirtschaftliche Lage sehr verschlechtern. Wir sind Baugewerksbändler und wollen es bleiben!

W i s t, Limburg: Wir sind in den letzten Jahren ein gutes Stück vorwärts gekommen. Ein Reichstatarifvertrag ist für die Bauarbeiter notwendig. Ebenso notwendig sind aber auch noch Verbesserungen in der Entlassungsfrage sowie in der Frage der Betriebsvertretung. Im Tiefbau muß versucht werden, vor allen Dingen in den Löhnen Verbesserungen zu erzielen. Leider sind die Tiefbauarbeiter sehr schlecht organisiert. Hier müsse noch viel Besserung geschaffen werden. Viel gewünscht werde besonders von den Hoffstandsarbeitern. Auf dem Gebiet der Hoffstandsarbeiten habe auch der IWOV noch eine große Aufgabe. Die Einstellung der Gewerkschaften zur KPD ist angelehnt ihrer Tätigkeit gegen die gewerkschaftlichen Organisationen verständlich und selbstverständlich.

G r a h n, Bundesvorstand des IWOV: Der IWOV ist jederzeit bereit, soweit es in seinen Kräften steht, die Interessen der Verbände zu wahren. Wenn gesagt worden ist, daß der Gewerkschaftsbeitrag zu hoch ist, so ist viel richtiger zu sagen, er sei angesichts der Aufgaben der Gewerkschaften viel zu niedrig. Wenn eine Organisation nur auf niedrige Beiträge — als einziges Werbemittel — hinweisen würde, dann begibt sie sich eines hohen moralischen Rechtes. Demgegenüber sind wir bestrebt, möglichst Gleichheit in den Beiträgen zu erreichen. Damit würden schon viel Ursachen für Organisationsstreitfragen beseitigt sein. Inwiefern dies Ziel erreicht wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Redner gibt einen kurzen Rückblick über die Bestrebungen zur Schaffung von großen Industrieverbänden. Die Gründung von Industrieverbänden ist in erster Linie von dem Willen der einzelnen Verbände abhängig. Was haben erst kürzlich die Tagungen in Leipzig bewiesen, wo sich 4 Verbände zu einer Organisation, dem Nahrungsmitelarbeiterverband, zusammengeschlossen haben. Der IWOV ist durch die Bundesratung verpflichtet, auch den Berufsverbänden seinen Schutz zu gewähren. Jeder Verband behaupte von sich, die höchsten gewerkschaftlichen Gesichtspunkte für sich zu haben. Für den Vorstand des IWOV ist es sehr schwer, den Verbänden immer gerecht zu werden. Er kann nicht

also an den Fabrikarbeiterverband abzutreten. Das ist natürlich nur eine Empfehlung des IWOV. Es gibt keine Instanz in der Gewerkschaftsbewegung, die diesen Vorschlag durch Beschluß durchführen könnte. Hier kann nur ein Schlichtsgericht entscheiden. Es ist nicht möglich, die Schaffung von Industrieverbänden von den Führern gegen den Willen der Mitglieder auf die Dauer zu verhindern. — Der IWOV hat auch für die Belebung der Wohnungswirtschaft im materiellen und ideellen Sinne getan, was er konnte. Der Vorstand des IWOV steht den Belangen der Bauarbeiter keineswegs verständnislos gegenüber. Das beweist auch die Wiederbeschaffung der Stelle des Bauarbeiterfachsekretärs im IWOV. Für die Erleichterung der Grenzfreilichkeiten empfiehlt der Redner zum Schluß den Weg der Verständigung statt den des Gerichtes.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittagsführung.

Die Aussprache über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

C h e i s e n, Braunschweig, hat verschiedenes am Vorstandsbericht auszusprechen. Die Zerrissenheit der Arbeiterschaft dürfe man nicht den Kommunisten zuschieben. Wenn Vergleiche mit Ausland gezogen werden, so muß man auch die russischen Verhältnisse in Rechnung stellen. Die Hauszinssteuer muß restlos dem Baumarkt zuzufleßen. Eine Steigerung der Mieten trägt nicht zur Belebung des Bauens bei. Die Akkordarbeit ist abzulehnen. Die Einstellung des



Grahmann vom IWOV.

Vorstandes des IWOV, muß in der Frage des Industrieverbandes einbezüglich sein. Die Mängel des Reichstatarifvertrages müssen beim nächsten Vertragsabschluss beseitigt werden. Der „Grundstein“ sollte nicht einseitig sein. Gemeinam mit den Kommunisten sollten die Arbeiten in den Gewerkschaften geleistet werden.

S t e h e, Bremen: Die bindenden Entscheidungen des Haupttarifamtes bei Lohnfragen sollten fortfallen. Die erhöhten Mieten müßten dem Wohnungsbau zuzufleßen, dann wäre eine Mietesteigerung zu ertragen. Die kommunistischen Gewerkschaftsführer sollten in allen Dingen konsequent sein. Sie sollten entweder alle Parolen Moskaus befolgen oder aus der kommunistischen Partei austreten. In Anbetracht der Wirtschaftslage ist in den Händen der Arbeiter, der IWOV, trägt in Wort und Schrift nicht zu Verschmelzung der baugewerkschaftlichen Verbände bei. Dem vorgeschlagenen Kartellvertrag kann nicht zugestimmt werden.

P a e l o w: Nicht im Interesse der Hausbesitzer und nicht nur zur Hebung des Bauens bin ich für eine Erhöhung der Mieten eingetreten. Neun Zehntel der Familien in Deutschland leben in alten Wohnungen. Ein Zehntel der Bevölkerung, die in neuen Wohnungen leben, können die Wohnungswirtschaft nicht tragen. Sie muß von allen getragen werden. Darum müssen die Mieten der Altwohnungen denen der Neuwohnungen angepaßt werden. In der kapitalistischen Wirtschaft können die Mieten nicht herabgesetzt werden. Die Mietzinssteuer aber muß voll dem Baumarkt zuzufleßen werden. In der Akkordfrage gehen die Meinungen auseinander. Wir müssen mit der verschiedenen Auffassung rechnen. In einer sozialistischen Wirtschaft wird an Stelle des Tagelohnes ein Leistungslohn treten. In den Baustätten sollte man sich diesem anpassen. Durch einen geregelten Akkord werden die Unfälle nicht vermehrt.

H ä t t m a n n, Frankfurt: Die Beiträge in den Gewerkschaften können nie zu hoch sein. Im Kampffonds liegt die Stärke unseres Bundes. Erichert um die Stellung in der Wirtschaft. Die Kommunisten sollten nicht Gemeinschaftsarbeit predigen und das Gegenteil hiervon tun. Wir müssen alle Kollegen im Lande aufreißeln, um in der Industrieverbandsfrage weiterzukommen.

W e n s c h e k, Merseburg: Politik und Wirtschaft gehören zusammen. Die Tätigkeit des IWOV, in der Industrieverbandsfrage muß reger sein. Wir brauchen einen geregelten Akkord. Auch Kommunisten arbeiten in Akkord. In kommunistischen Zeitungen wird die Akkordarbeit, so in der „Arbeiterstimme“, begünstigt. Um die Einheitsfront

herzustellen, sollten die Kommunisten zwei Jahre lang ihre Gehaltstabelle unterlassen. Der Achtstundentag mag beschlossen werden, wichtiger aber ist, daß alle Kollegen nur 8 Stunden arbeiten. Hierfür gilt es zu wirken.

W o l g a s t vom Zimmerverband dankt für die Begrüßungsworte Paepfoms. Der Industrieverband wird nicht



DENZEL

Denzel, Frankfurt.

geschaffen durch heftige Worte. Jeder Verband hat ein starkes Eigenleben. Jeder Verband hat zu berücksichtigen. Mit Schelten und Schimpfen kann nicht gewonnen werden. Es ist mehr Liebe aufzumenden. Drei Verbandstage der Zimmerer haben den Zusammenschluß mit dem Baugewerksbund abgelehnt. Um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren, haben die Zimmerer für die Entschließung Paepfom, Paepfom und Genossen entgegen ihrer eigenen Meinung gestimmt. Die Konzentration im Baugewerbe ist nicht so weit fortgeschritten, daß ein Zusammenschluß der baugewerkschaftlichen Verbände notwendig ist. Ein Arbeiten der Verbände nebeneinander ist möglich. Es geht auch ohne Kartellvertrag. Wir sind gegen jede Akkordarbeit. Der Baugewerksbund mag keine Werbung um den Industrieverband fortsetzen, aber nicht mit Schelten, sondern mit Liebe.

T h o m a s, Dachdeckerverband: Der Gedanke des Baugewerksbundes ist groß und schön. Es kommt nicht darauf an, ob einige Verbände ein Jahr früher oder später hinzukommen. Es liegt nicht an den Führern, wenn der Zusammenschluß nicht vollzogen wird. In den Kollegenkreisen muß gewonnen werden. Berücksichtigt muß werden, daß das Wirken des eigenen Verbandes und das Hinüberwechseln in fremde Verhältnisse eine Rolle spielt. Die Dachdecker verließen seit Jahren, von der Lohnpolitik des Baugewerksbundes frei zu werden. Im März 1928 wird eine Abstimmung beim Dachdeckerverband stattfinden. Es ist zu hoffen, daß dann die Zustimmung erreicht wird.

S c h m i t, Hamburg: Bei der Gründung des Baugewerksbundes ging der Deutsche Bauarbeiterverband nicht eigenmächtig vor. Eine Sitzung der Vertreter der dabei in Frage kommenden Verbände war einberufen worden, in der, mit einer Ausnahme, alle dem Gedanken des Baugewerksbundes zustimmten. Der noch vorhandene revolutionäre Geist aus jener Zeit ist heute verfliegen. Vom IWOV, wurde der Gedanke des Zusammenschlusses nicht gefördert. Nach dem Vorschlag des IWOV, sollen nunmehr die Osenformern zum Fabrikarbeiterverband übertrreten, die Osenformern sollen ihnen folgen, weil sie organisch von den Osenformern nicht zu trennen sind und weil sie Ton verarbeiten. Da die Fliesenleger mit den Osenformern organisch zusammenhängen und auch Ton verarbeiten, müßten sie auch mit. Genau betrachtet, verarbeiten auch die Maurer Ton, folglich müßten auch sie zum Fabrikarbeiterverband. Die Bauhilfsarbeiter müßten nach der Satzung des IWOV, dann auch mit. Uebrig blieben die Tiefbauarbeiter. Und die gehören schon jetzt zum Teil dem Fabrikarbeiterverband an. So geht es ja wohl nicht. Beim IWOV, muß sich eine andere Einstellung bemerkbar machen! (Beifall.)

P a e l o w, Hamburg (Schlußwort): Wir haben keine Wirtschaftsführung in Deutschland. Nebeneinander liegen Einzelwirtschaften, die gegeneinanderarbeiten. Es fehlt die einheitsliche Führung. Der Inhalt des Reichstatarifvertrages wurde in den Anträgen und in der Aussprache bemängelt. Wenn der Inhalt nicht allen Wünschen entspricht, so lag das an unserer Schwäche, nicht aber an der Einsicht. Der frühere geringe Unterchied der Löhne der Facharbeiter und der Bauhilfsarbeiter war eine Folge der Inflationszeit. Wegen unsern Willen, Wirtschaftsgeschehen entsprechend, hat sich die Spanne vergrößert. Anträge helfen hingegen nichts. Jeder Tarifvertrag wird und muß Bindungen auch in der Lohnregelung enthalten. In der russischen kommunistischen Zeitung „Trud“ wird bekanntgegeben, daß die Arbeitsverhältnisse in Rußland durch Schlichtsprüche von Staatsbehörden geregelt werden. Auch wird eine längere



DENZEL

Sten, Hamburg.

entscheiden, sondern nur vermitteln. Großmann gibt dann eine Darstellung über die Streitfragen hinsichtlich des Antrages des Fabrikarbeiterverbandes auf die Töpper, dessen Entwicklung einfließen mit dem „Irrenhagen“ Vorschlag des IWOV, zum Abschluß gekommen ist, die Osenformern mit den Osenformern an den keramischen Bund,

Arbeitszeit verlangt. Die russischen Gewerkschaften wehren sich dagegen. Von einer russischen staatlichen Kommission wurde bei einer Studienreise festgestellt, daß die Produktivität der Arbeit bei den deutschen Bauarbeitern höher ist. Dem Wunsch der Zimmerer, den Zusammenschluß durch moralische Erörterungen zu bewerkstelligen, ist längst entsprochen worden. Mit den Zimmerern wurde in früheren Jahren zusammengearbeitet; damals sind die Maurer öfters für Erhöhung der Zimmererlöhne eingetreten. Wenn die Zimmerer im Baugewerksbund wären, würden ihnen keinerlei Jügel angelegt werden. Die Löhne werden im Baugewerbe durch den Maurerlohn bestimmt. Man kann sich durch Vertrag vom Lohn der Maurer freimachen. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß der Lohn der Maurer ausschlaggebend ist. Wir würden besser im Gleichschritt miteinander, als im Wirken nebeneinander Fortschritt erreichen. Die Unternehmerorganisationen im Baugewerbe sind ein Zusammenschluß, in dem alle Unternehmer so zusammenwirken, wie es unter uns im Deutschen Baugewerksbund sein sollte. Wir müssen zu einem Zusammenschluß kommen. Unsere Aufgabe ist es, hierfür zu wirken. Das jetzige Verhältnis kann nicht einfach als „historisch“ gewordener Zustand in Kauf genommen werden. Leberlebens muß fallen. Sämt man an „Historischen“ fest, dann muß auch dem als falsch Erkannenen das Wort geredet werden. Die neue Zeit verlangt neue Formen. Der Steinarbeiterverband ist kein Industrieverband. Die Einstellung der Zimmerer ist nicht richtig. Vom IWOB ist das bei beiden Organisationen gesagt worden. Leider bleibt es bei den Worten. Der Fabrikarbeiterverband hat einmal zum Ausdruck gebracht, daß er bei Nichtwahrnehmung seiner Interessen als Industrieverband in Erwägung ziehen würde, aus dem IWOB, auszuscheiden. Von uns wird diese Frage nicht einmal andeutungsweise in Erwägung gezogen werden. Wir haben im Interesse der Arbeitererschaft zusammenzuwirken. Der IWOB ist notwendig als gemeinsame Organisation. Der Baugewerksbund ist notwendig im IWOB. Bei den Schwierigkeiten zwischen dem „Demaq“ und dem Fabrikarbeiterverband hat der IWOB vermittelt. Unser Organisationsgebiet ist für eine Reihe Verbände freilich. In anderen Verbänden sind in fünf von unsern Bezirken über 12 000 Bauarbeiter vorhanden. In Deutschland werden über 60 000 Bauarbeiter zu Unrecht in anderen Organisationen festgehalten. Die Bestimmung, 13 Wochen darf ein Berufsarbeiter im anderen Betrieb, ohne überzutreten, arbeiten, ist veraltet. Sie wird auf dem Kongreß des IWOB abgedändert werden müssen. Der restlose organisierte Zusammenschluß der Bauarbeiter im Ausland ist fast überall vollzogen. Dies sollte uns ein Beispiel sein. Mit guten Mitteln und Gründen sollten alle Bauarbeiter und Baugewerksbündler im ganzen Lande für die Idee des Baugewerksbundes wirksam (Lebhafter Weisfall).

Schmitz, Hamburg (Grundstein): Wenn im „Grundstein“ bei künftigen Wahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda gemacht werden soll, so ist natürlich dazu auch die Zustimmung des Bundesrates erforderlich. Gegen das hohe Ziel des Kommunismus, der Arbeitergemeinschaft aller Menschen, ist im „Grundstein“ nie eine Zeile geschrieben worden. Wenn aber aus Kreisen, die sich für sozialistische Kommunismen nennen, Anwürfe gegen die Gewerkschaften und ihre Führer gemacht werden, so haben wir uns zu wehren. Und wir werden uns kräftig wehren! In gewerkschaftliche Dinge hat keine politische Partei etwas dreinzusetzen. Die sogenannte kommunistische Partei ist als politische Partei nicht zu werten, sie ist ein politisches und gewerkschaftliches Verkehrshindernis. Sie hat nunmehr fünf Jahre lang ihr vollständiges politisches und wirtschaftliches Unvermögen in jeder Weise erwiesen. Es wäre gewerkschaftlicher Selbstmord, wollten wir unter diesen Umständen bei Wahlen nicht für die Sozialdemokratie eintreten. (Lebhafter Weisfall.)

Es kommt zur Abstimmung. Eine Entschließung, die die Tätigkeit des Bundesvorstandes, der Schriftleitung des „Grundstein“ und des Bundesauschusses billigt und diesen Körperschaften das Vertrauen ausdrückt, wird gegen 4 Stimmen angenommen. Der Bundesrat ist einverstanden mit der Erklärung des Bundesvorstandes, daß in der Streitfrage über die Löhne bei Zuschlagsarbeiten unbedingt eine den Arbeitern günstigere Regelung erstrebt werden muß. Damit wird die in dieser Frage auf dem Verbandstag der Bauhilfsarbeiter gefaßte Entschließung als erledigt betrachtet. Zu einem Antrag Wortmund, die Lohnverträge kurzfristiger zu gestalten, erklärt der Bundesvorstand, den gegebenen Verhältnissen entsprechend in dieser Richtung zu arbeiten. Eine Anzahl Anträge zur Lohnpolitik des Bundes werden teils abgelehnt, teils dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Andere Anträge in gleicher Richtung haben bereits die Verbandstage erledigt. Ein Antrag Schwerin, das Ferienmorkenlosten anzustreben, wird angenommen. Ein Antrag Wortmund, bis zu 10 Tagen Ferien für die Lehrlinge anzustreben, wird als nicht weitgehend genug abgelehnt. Anträge aus Delmenhorst und Bremerhaven, die für Reichstagsverträge die Abstimmung fordern, wurden gegen 8 Stimmen abgelehnt. In der Frage der Umorganisation der Köpfer wurde die auf dem Verbandstag der Köpfer und Fliesenleger angenommene Entschließung einstimmig gutgeheißen. Gleichfalls einstimmig angenommen wird ein Antrag des Verbandstages der Glaser, die Grenzfreistigkeiten mit dem Holzarbeiterverband ins reine zu bringen. Auch die auf dem Verbandstagen der Bau-Werkmeister, der Betonarbeiter und der Tiefbauarbeiter angenommenen Entschließungen wurden einstimmig genehmigt. Der Vorstoß eines Kartellvertrages zwischen den Bauarbeiterorganisationen wird dem Bundesvorstand zur weiteren Verfolgung überwiesen. Eine Anzahl Anträge, den „Grundstein“ die Jugendzeitung und Verwaltungsfragen betreffend, wurden dem Bundesvorstand zur Prüfung und etwaigen Berücksichtigung überwiesen. Hierauf wurde die Mittagspause beschlossen. (Schluß in nächster Nummer.)

Verbandsstag der Maurer.

Vor unserm Bundesstag tagte am 24. September im Dresdner Volkshaus der Verbandstag der Maurer. Als Vorsitzende fungierten die Kollegen Bernhardt, Hamburg, Warth, Dresden, als Schriftführer die Kollegen Meise, Breslau, Giese, Bremen. In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Sofe, Wenzel, Koblitz, Driß, Hof, und Manthey, Stuttgart, gewählt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Tagesordnung und die für den Verbandstag geltende Geschäftsordnung wurden auch für den Verbandstag angenommen. Dann berichtete Kollege Bernhardt über seine Tätigkeit als Fachgruppenleiter der Maurer. Er habe seit dem 1. Bundesstag nicht speziell für die Maurerfachgruppe gearbeitet. Seine Tätigkeit galt dem ganzen Bunde. Die Maurer sind der Hauptbestandteil des Bundes. Folglich kam ihnen auch der Hauptteil seiner Arbeit zugute. Wenn die Maurer nun auch den Kern des Bundes bilden, so dürfen sie trotzdem keine Fachspielerei treiben. Die Organisationsarbeit ist für alle im Bunde. In Prozenten ausgedrückt, umfassen die Maurer etwa 45 % der Gesamtmitgliedschaft. Am Schluß des Jahres 1926 waren 159 159, gleich 47 % der Gesamtmitgliedszahl, organisiert. Am Schluß des zweiten Quartals 1927 war die Zahl der organisierten Maurer auf 173 154 gestiegen. Das Verhältnis zur Gesamtmitgliedschaft war aber damit auf 45,4 % gesunken. Wohl sind die Zahlen der früheren Jahre noch nicht erreicht. Es geht aber vorwärts. Besag müße werden, daß es besser ausfallen könnte. Die amtliche Berufsabteilung vom Jahre 1925 ergibt noch kein umfassendes Bild. Sie läßt aber erkennen, daß viele Maurer noch für untern Bund zu gewinnen sind. Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist weit höher als die Zahl der Organisierten. Ein schöner Fortschritt ist in der Jugendarbeit zu verzeichnen. Ende Juni 1927 wurden 20 081 organisierte Lehrlinge festgesetzt. Nach den Berichten aus den Bezirken hat sich diese Zahl in den vergangenen Wochen noch erhöht. Der Jugendverbandstag war ein gutes Zeichen für den Geist der Jugend, die sich mit Begeiferung zur Gewerkschaftsarbeit bekannte. Wenn sich die Wesellen in den einzelnen Orten mehr um den Nachwuchs bemühen würden, könnte bestimmt noch mehr in der Organisation und Schulung der Jugend erreicht werden. Eine der Hauptaufgaben der Reichsfachgruppenleitung war das Sorgen für eine gute, fachgemäße Ausbildung der Lehrlinge und eine Besserung der Lehrverhältnisse. Die Zahl der Lehrlinge ist gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegen. Die Erhebungen des Bundesvorstandes, auch im „Grundstein“ veröffentlicht, geben Veranlassung, bei Behörden durch Versprechungen und Eingaben vorstellig zu werden. Ein Erfolg ist noch nicht erreicht worden. Zwar ist im Reichsarbeitsvertrag vereinbart, daß über die Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den Wesellen zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft verhandelt werden muß. Eine Vereinbarung hierüber ist aber noch nicht getroffen. Wir vertreten die Meinung, daß bei einem ständig beschäftigten Wesellen kein Lehrling werden darf, bei 2 bis 3 bis 5 Wesellen 1 Lehrling, bei 6 bis 10 Wesellen 2 Lehrlinge, für je weitere 10 Wesellen 1 Lehrling mehr. Die Wesellenzahl ist aus dem Durchschnitt des Jahres zu nehmen. Die Innungen haben versucht, gegen die Durchführung der Bestimmungen aus dem Tarifvertrag anzukämpfen. Es war notwendig, beim Hauptamt grundrhythmische Entscheidungen herbeizuführen und Klagen bei Innungsausschüssen und Arbeitsgerichten durchzuführen. Mehr könnte noch geschehen, wenn sich die Wesellenausschüsse bei den Innungen und Handwerkskammern um die Bedürfnisse und Mängel der Lehre besonders eifrig kümmern würden. Der Bundesvorstand wird Material für die Wesellenausschüsse herausgeben. Die Bestrebungen der Unternehmer gehen nicht nur in der Metallindustrie dahin, die Lehrlinge in besonderen Werkstätten auszubilden, dies geschieht auch schon im Baugewerbe. Dabei wird versucht, sie gleichzeitig von der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Das „Dima“ ist die Zentrale für solche Bestrebungen. Wir wenden uns nicht gegen die Ausbildung in Lehrwerkstätten, wohl aber gegen jene „Ausbildung“, die um „die Seele des Arbeiters“ geht. Das Berufsausbildungsgesetz ist für uns unannehmbar. Der Jugendverbandstag hat in einer Entschließung den Entwurf des Gesetzes abgelehnt. Dieser Beschluß gibt uns eine Richtschnur für unsere Versprechungen in den Baugewerkschaften. Das Schwebel für die Berufsausbildung darf nach einer preussischen Verordnung nicht auf die Lehrlinge abgemäht werden. Die Wagnunterstützung für Jugendliche soll das Wandern fördern. In der Bewilligung von Mitteln für die Jugend soll man in den Baugewerkschaften nicht heimlich sein. Wir müssen uns für die Jugend alleinig einsetzen. Die Beschränkung der Lehrlingszahl ist überall nachdrücklich zu erstreben. Alle Kollegen müssen bei der Jugendarbeit mitwirken. — Andere Stellung zur Akkordarbeit ist auf dem außerordentlichen Bundesstag 1926 in Berlin festgelegt worden. Wo keine Akkordarbeit ist, müssen wir uns gegen sie wenden. Wo die Akkordarbeit gering ist, müssen wir an ihrer Einengung und Abschaffung arbeiten. Wo sie aber in größerem Umfange ist und wo in wildem Akkord gearbeitet wird, muß sie vertraglich geregelt werden. Die Löhne der Maurer und Hilfsarbeiter gehören zusammen. Es war möglich, die Löhne der Hilfsarbeiter 17 % geringer als die der Maurerregulieren festzusetzen. Das ist ein Erfolg. Wegen den Fehlspruch des Hauptamts in der Frage der Zuschlagsarbeiten müssen wir ankämpfen. Die Baudelegierten müssen mehr in Wirksamkeit treten. Unsere Kollegen sind aufzurufen zur Wahrnehmung ihrer Rechte. Die Spezialisierung im Baugewerbe wird fortgeschritten. Wir können und wollen nicht gegen sie ankämpfen, da ein entgegenkommen zwecklos wäre. Wir wollen sie erkennen und uns entsprechend einstellen. In der Inbuitreverbandsfrage sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Es ist ein Kartellvertrag vom IWOB, für die in Frage kommenden Verbände vorgeschlagen worden. Der Vertrag ist für uns unannehmbar. Unsere Kunstfestearbeiter haben einstimmig beschlossen, beim Baugewerksbunde zu verbleiben. Es kommt uns auf die Verbindung der Kunstfestearbeiter und der Betonarbeiter an. Sie gehören zusammen in eine Organisation. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Bau-Werkmeister müssen mit uns gemeinsam abgehandelt werden. Wir haben bis jetzt Gehalt gehabt. Der Beschluß

des Verbandstages der Bau-Werkmeister dringt auf die Regelung des Tarifvertragsfrage. Mit allem Nachdruck werden wir uns hierfür einsetzen. Die in den Fabriken arbeitenden Werkmeister müssen unserm Bund wieder zugeführt werden. Wenn es notwendig ist, werden Konferenzen zu diesem Zweck einberufen werden. Eine besondere Fachgruppe sollte nicht gegründet werden. Wenn auch die Maurerfachgruppe ihre besonderen Wünsche hat, so ist doch ihre Aufgabe die Stärkung des gesamten Bundes. Wir müssen Baugewerksbündler sein. Den kleineren Gruppen ist in jeder Beziehung Rechnung zu tragen. Die Maurerfachgruppe hat Verantwortung. Es ist größte Gruppe muß als Beispiel wirken. In der Sicherung des Nachwuchses, in der Bauarbeiterfrage, in allen anderen Dingen hat sie voranzugehen. Für die Einigkeit zur Stärkung und Vergrößerung unseres Bundes gilt es zu wirken!

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Lehrlingszahlen als Verhandlungsgrundlage zu hoch genommen seien. Auf 10 Wesellen dürfe höchstens 1 Lehrling kommen. Gegen die Akkordarbeit müssen wir ankämpfen. Die Akkordarbeit dürfen wir nicht als notwendiges Übel hinnehmen, es sollte beseitigt werden, keine Akkordarbeit auszuführen. Gegen die Bestrebungen der Arbeitssämter, die Arbeitszeit der Maurer infolge des angeblichen Facharbeitermangels zu verlängern, muß energisch angekämpft werden. Von den Stuttgarter Kollegen wurde ein Antrag auf selbständige Lohnregelung begründet. In Stuttgart sind unter den Bauhilfsarbeitern viele Arbeiter aus anderen Industrien. Sie sind zum Teil organisiert. Die Maurer haben bei Lohnverhandlungen hierunter zu leiden. Zur gleichen Frage äußerten sich verschiedene Redner. Sie forderten die besondere Beachtung der Lohnspannen. Es hätte jene Berechtigung, die Löhne unabhängig zu gestalten. Ausschlaggebend muß aber doch für uns sein, daß das Wohl der Gesamtheit der Bundesmitglieder den Interessen der einzelnen Gruppen vorangeht. In den Fabriken arbeiten sehr viele Maurer. Es sei nicht notwendig, hierfür eine besondere Fachgruppe zu bilden. Beim Abschluß von Tarifverträgen müsse aber unser Bund in den verschiedenen Industrien mitwirken. Nicht nur die Maurer haben die Aufgabe, den Gedanken des Baugewerksbundes voranzutragen. Die kleinen Fachgruppen müssen sich gleichfalls als Baugewerkschafter fühlen und danach handeln. Wenn bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen für Lehrlinge Schwierigkeiten entstehen, müssen sich die älteren Kollegen für die Jugend einsetzen.

In seinem Schlußwort wies Kollege Bernhardt auf die Schwierigkeiten beim Kampf gegen die Akkordarbeit hin. Der wilde Akkord ist zu bekämpfen. Die Akkordvereinbarung wurde in den Reichsarbeitsvertrag gebracht, weil die Unternehmer mit der Akkordarbeit nach ihrem Belieben hantieren wollten. Wir dürfen die Leberlicht über die Arbeitsverhältnisse nicht verlieren. Gegen die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge, die andere Organisationen für die in Fabriken arbeitenden Maurer abgeschlossen haben, ist Einspruch erhoben worden. Wir werden versuchen, unsern Einspruch entsprechend unserer Stärke bei der Befassung der Tarifverträge mehr als bisher geltend zu machen. Ob wir in einzelnen Bezirken etwas Besonderes unternehmen müssen, wird sich zeigen. Der Bundesvorstand ist zu beauftragen, mehr für die Belange der Werkmeister zu tun. Die Errichtung einer besonderen Fachgruppe sei nicht notwendig. Es genüge, Untersektionen bei den Maurerfachgruppen zu schaffen. Die Praxis der Verhandlungen und unsere Erhebungen haben gezeigt, daß die vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Zahlen zur Lehrlingsabteilung festgehalten werden müssen. Ein Kampf der Lehrlinge für die Durchführung der sie betreffenden tarifvertraglichen Bestimmungen sei nur unter besonderen Bedingungen möglich; in der Regel werden sich die älteren Kollegen für die Durchführung der Bestimmungen einsetzen müssen. In einigen Bezirken ist das mit Erfolg geschehen. Eine Loslösung der Maurer in der Lohnregelung von den übrigen Gruppen ist auf die Dauer nicht möglich. Wir haben die Verpflichtung, einander zu helfen. Eine Anpassung der Löhne der Hilfsarbeiter an die der Facharbeiter wird nicht ganz den Wünschen entsprechend gehen können. Miteinander aber kommen wir vorwärts. Gemeinsam haben wir in allen Punkten zu streiten!

Ein Antrag Gleiwiß zur Bildung einer Fachgruppe der Werkmeister wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Der vom Jugendverbandstag angenommene Entschließung, betreffend die Abhebung des Berufsausbildungsgesetzes in der jetzigen Form, wurde einstimmig angenommen. Dem Antrag Bernhardt zu den vorliegenden Anträgen an den Bundesrat. Es sei falsch, alle Fragen nur vom Maurerstandpunkt aus zu betrachten. Sie müssen auf dem Bundesstag gemeinsam behandelt werden. Hierzu gehören die Vertragsfragen, die Unterfütterungsbedingungen und alle damit zusammenhängenden Dinge. Änderungsanträge zu den Grundlagen unseres Bundes sind nicht gestellt. Dem Bundesstag wird eine Geschäftsordnung für die Angestellten des Bundes vorgelegt werden. Von den Betonarbeitern liegt ein Antrag auf Freistellung eines Kollegen zur Vertretung der Betonarbeiter vor. In Hinsicht auf die wachsende Bedeutung des Betonwerkes ist dem zustimmig freigegeben. Für Maurer, Betonarbeiter, Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter soll eine Fachgruppenbildung im Sinne der Ziffer 3 der Bundesfassung, die eine Fachgruppe bei 10 Mitgliedern vorstellt, nicht in Betracht kommen. Für besondere Gruppenangelegenheiten können jedoch auch für Sonderveranstaltungen abhalten. Die Anträge, die die Gründung von Fachgruppen unter allen Umständen wünschen, sind abgelehnt. Am Sitz der Baugewerkschaft kann keine Zählstelle errichtet werden. Wegen die Ausführung sabbungsgemäßer Beschlüsse des Baugewerkschaftsvorstandes darf einer Minderheit kein Einspruchsrecht zustehen. Dem vom Bundes- und Bezirksvorstand anlässlich wichtiger Ereignisse einzuberufenden Baugewerkschaftsleitendenkommissionen sollten bindende Beschlüsse fassen dürfen. Das Strafrecht bei Sanftungen von Bundesmitgliedern, die dem Wohle des Bundes oder der Arbeitererschaft allgemein entgegenwirken, darf nicht allein den Zählstellen zustehen. Die letzte Entscheidung liegt dem Bundesvorstand. Die zur Frage der Vertrags- und Lohnpolitik gestellten Anträge

sind zum größten Teil zu verwirklichen versucht worden. Für Lehrlinge sind mehr Ferien gefordert worden. Wenn die Forderung nicht verwirklicht werden konnte, so lag das an den Kräfteverhältnissen. Kurzfristige Tarifverträge haben zwei Seiten. So wie die Arbeiter eine Konjunktur haben, haben auch zeitweilig die Unternehmer eine „Konjunktur“. Wir halten ferner und ohne besondere Anträge an der achtstündigen Arbeitszeit fest. Wenn jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, so haben wir über diese Frage nie zu sprechen. Alle Anträge, die Gegensteilgebesungen, wären abzulehnen.

Hierauf wurden alle Anträge des Bundesstages zu Entscheidung überwiesen. Als Reichsfachgruppenobmann wurde Kollege Bernhard gewählt. Sollte er als Vorsitzender des Bundes gewählt werden und dann die Geschäfte des Fachgruppenobmanns nicht führen können, dann soll der Bundesvorsitz auf seinen Rechten einen Kollegen mit den Fachgruppenarbeiten betrauen. Damit hätte der Verbandstag seine Arbeiten beendet. Es wurde noch zum Ausdruck gebracht, auch in der Zukunft einig und machtvoll für die Gesamtinteressen des Bundes einzutreten.

Verbandstag der Bauhilfsarbeiter.

Der Verbandstag fand am 24. September im Volkshaus zu Dresden statt. Nach Begrüßungsworten durch den Kollegen Scheibel wurden zu Wortgeleitenden des Verbandstages die Kollegen Albert Löffler und Hugo Scheibel gewählt, zu Schriftführern Warzlik, Waldenburg, Krause, Berlin, Basse, Karlsruhe und Seidel, Bremerhaven. Dann erstattete den Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenobmanns Kollege Scheibel. Dabei schloß er seinem Bericht einige grundsätzliche Ausführungen über die Stellung der Bauhilfsarbeiter im Baugewerbe und ihre Forderungen an das Gewerbe voraus. Der Kapitalismus habe einen Kampf der Menschen und Berufsgruppen untereinander und gegeneinander entwickelt. Die Bauwirtschaft nähme infolge ihrer allgemeinen Bedeutung eine besondere Stellung im Wirtschaftsleben ein. Dieser Stellung müsse sich auch die Bauarbeiterschaft bewußt sein. Auch die Bauhilfsarbeiter müßten sich das Selbstbewußtsein des Facharbeiters zueigen machen. Dieser Gesichtspunkt sei schon deshalb besonders wichtig, weil die fortschreitende Mechanisierung und Einführung der Maschine die Löhne habe, das Selbstbewußtsein zu unterdrücken und außerdem immer mehr gelernte Arbeitergruppen zu Hilfsarbeitern herabzubringen oder doch die Grenzen zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern zu verwischen. An Hand von Bestimmungen aus den Satzungen des früheren Bauhilfsarbeiterverbandes und anderer seitigen Bundes wies der Redner die Entwicklung und die damit im Zusammenhang stehende Veränderung des Interessengebietes der Organisation der baugewerblichen Hilfsarbeiter nach. Der Bauhilfsarbeiter sei jetzt ein Arbeiter mit besonderen, wenn auch nicht im geringsten Rechtsverhältnis erworbenen Fachkenntnissen und Fertigkeiten. Diese Fachlagen der Bauhilfsarbeiterschaft klar zu machen und bei der Werbearbeit auszunutzen, sei eine unserer Hauptaufgaben. Besonders sei der Zusammenhang zwischen der Hilfsarbeiterschaft und der Gruppe der Betonarbeiter, die sich früher hauptsächlich aus der Bauhilfsarbeiterschaft rekrutierten. Heute drängen sich auf gelernte Arbeiter, denen ihr Werkzeug früher besonders für die Einschulung zu schade gewesen sei, ins Baugewerbe; ähnlich läge es bei der Gruppe der Kunstfeinarbeiter. Mit diesen Gruppen müßten die Bauhilfsarbeiter immer in engem Zusammenhang bleiben; sie dürften insbesondere nicht in verschiedene Organisationen zerstückelt werden. Die Zahl der in unserm Bund organisierten Bauhilfsarbeiter sei sehr wesentlich über die Wirklichkeitszahlen hinausgewachsen. Die wirtschaftliche Lage der Bauhilfsarbeiterschaft gestalte sich unter sehr verschiedenen Voraussetzungen. Gegenüber dem Baufacharbeiter erfordere die Hilfsarbeit ein hohes Maß von Körperkraft in Verbindung mit fachlicher Eignung. Letzteres gelte besonders für die Hilfsarbeit bei den Stukkatoren und Jollieren, was dort auch in den Löhnen zum Ausdruck komme, die nahe bei den Facharbeitern, zum Teil darüber liegen. Das reize sogar Industriearbeiter in erheblichem Umfang zum Ueberwecheln in die Hilfsarbeit im Baugewerbe. Dies lenke wieder unsere Aufmerksamkeit auf die Andersorganisierten im Baugewerbe. Es gehe nicht an, hier althergeübte Duldung zu üben, gerade die Bauhilfsarbeiter müßten zur rechten Zeit energig auf den Uebertritt solcher Kollegen in den Baugewerksbund dringen. Trotz aller sich aus diesen Uebelständen ergebenden Schwierigkeiten sei es immerhin gelungen, die Lohnspanne zwischen den Löhnen der Facharbeiter und der Hilfsarbeiter gegenüber der Wirklichkeitszahl um 1 % zu verringern. Auch gegenüber den Löhnen anderer Berufe könnten sich die Bauhilfsarbeiterkollegen sehr wohl behaupten. Die genaue Lohnentwicklung könne jeder Delegierte aus dem Jahrbuch 1926 ersehen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage der Unterscheidung zwischen gelbten und ungelbten Bauhilfsarbeitern. Das sei auch im Tarifvertrag ausgebracht worden. In einzelnen Fällen des Reiches hat dies Widerspruch erweckt. Die Gründe dieses Widerspruches dürften jedoch nicht zu hoch gewertet werden. Der einseitige Unternehmer werde trotz etwas höherer Löhne gelbte Arbeiter beschäftigen als ungelbte. Berechtigt sei ferner die Heraushebung der Löhne für besonders schwere körperliche Arbeit, wie der Arbeit der Träger. Eine gleiche Bewertung aller Arbeit sei unmöglich. Die Auffassung von Karl Marx über diese Frage hätten auch heute noch ihre volle Geltung. Der Redner besprach dann eingehend die Entlohnung des Haupttarifamtes in der Frage der Entlohnung bei Aufschichtungsarbeiten. Hierin legte er dem Verbandstag eine Entschlüsselung vor. Auch an anderen Beispielen wies der Redner das ständig wachsende Verbrechen der Bauunternehmer nach, die Hilfsarbeiterlöhne auf den Stand der Tiefbauarbeiterlöhne hinabzubringen. Demgegenüber forderte er auf, dafür zu sorgen, daß die gesamte Bauhilfsarbeiterschaft als denkende Arbeiter im Bewußtsein des Wertes ihrer Arbeit für ihren weiteren Aufstieg kämpfen möge!

In der sehr regen Aussprache fanden die Ausführungen des Kollegen Scheibel allgemeine Zustimmung. Hervorgehoben sei, daß Kollege Müller, Chemnitz, eine gleiche Entlohnung wenigstens der langjährigen Tiefbauarbeiter mit den Bauhilfsarbeitern forderte. Kollege Krause, Berlin, bezweifelte, daß es gelingen werde, die als Bauhilfsarbeiter beschäftigten Angehörigen anderer Berufe bei besserer Wirtschaftslage wieder in ihren ursprünglichen Beruf zurückzuführen. Das werde wahrscheinlich einmal bei den Facharbeitern aus andern Berufen möglich sein. Der Unterschied zwischen den Löhnen der Bauhilfsarbeiter und den Arbeitern anderer Berufe sei nur möglich geworden durch den Zusammenstoß der Bauhilfsarbeiter mit den Maurern. Zimmermann, Dresden, ging besonders auf die Entlohnung des Haupttarifamtes ein. Er unterrichtete besonders die Schlussführungen Scheibels. Corecki Breslau, wies auf die Schwierigkeiten aus dem dauernden Zustrom zum Bauhilfsarbeiterberuf hin. In Breslau seien 3000 Bauhilfsarbeiter und 1200 Maurer organisiert; das sei ein ganz unangenehmes Verhältnis. Ältere Bauhilfsarbeiter bekämen überhaupt kaum noch Arbeit. Reincke, Leipzig, wendet sich gegen die Unterscheidung in gelbte und ungelbte Bauhilfsarbeiter. Die Lohnspanne müsse weiter verringert werden. Schmarze, Hannover, sieht in den Reichstarifvertrag eine Grundlage, auf der man weiterbauen könne. Rogmann, Essen, wünschte, der „Grundstein“ möge einmal hinweisen auf die Uebelstände, Lehrlinge als Bauhilfsarbeiter zu beschäftigen. Reinhard, Heilbronn, geteilt in treffenden Beispielen die unzulänglichen Mittel, mit denen andere Organisationen die Erfassung der einzelnen Bauarbeiter verschiedener Gruppen durch den Baugewerksbund erschweren. Vom Fabrikarbeiterverband sei beispielsweise die Ueberlassung eines von ihm abgeschlossenen Vertrages verweigert worden unter dem Vorwand, „Verbandsgeheimnisse“ dürften nicht preisgegeben werden. An der ferneren Aussprache beteiligten sich Philippi, Fort, Knub, Breslau, und Lorenz, Baugen. Nach einem Schlußwort Scheibels wurde folgende Entschlüsselung angenommen: „Der Verbandstag der Hilfsarbeiter bedauert den Spruch des Haupttarifamtes in der Aufschichtungsfrage. Dieser Spruch ist ein Fehler. Der Verbandstag nimmt gleichzeitig mit Entkräftung Kenntnis von dem Verhalten der Unternehmervertreter vor dem Haupttarifamt in dieser Frage. Ihre Einkufelung zeigt von vollkommener Unkenntnis des Arbeitsvorganges. Unter Anwendung juristischer Spitzfindigkeiten, gepaart mit einer ans Unmoralische grenzenden Gemütsrobustheit, sind die bisher immer noch geltenden Grundzüge von Treu und Glauben von diesen Vertretern der Unternehmer bewußt verfallen.“

Der Verbandstag erwartet die Befestigung dieses Fehlspruches durch klare Bestimmungen im nächsten Reichstarifvertrag. Was dahin werden die Bauarbeiter entsprechend der Praxis ihr Recht suchen und zu finden wissen.“ Zu den Anträgen an den Bundesstag nahm wieder Kollege Scheibel das Wort. Hierzu lagen nur wenige, die Fachgruppe besonders betreffende Anträge vor. Die Baugewerkschaft Plauen verlangt für die Ziegel- und Kalkträger eine besondere Reichsfachgruppe. Dem steh entgegen, daß die einzelnen Sparten der Bauhilfsarbeiter in ihrer Arbeit doch allzusehr miteinander verbunden sind. Gerade die Träger bilden eine Kerntruppe der Bauhilfsarbeitergruppe. Ihre Herauslösung aus der Hilfsarbeiterfachgruppe würde für diese sehr schädlich, für die Träger aber kein Vorteil sein. Die Begründung, die Kollege Müller, Chemnitz, dem Antrag Plauen gab, fand keine Zustimmung. Alle nachfolgenden Redner unterrichten den von Kollegen Scheibel entwickelten Standpunkt. Besonders eindringlich warnten die Kollegen Löffler vom Bundesvorsitz und Bauhof, Köln, vor einer zu weitgehenden Fachgruppenbildung. Unter einstimmiger Ablehnung des Plauener Antrages legte der Verbandstag seine Auffassung zu dieser Frage in folgender Formulierung fest: „Der Verbandstag der Hilfsarbeiter erklärt sich gegen die Bildung einer besonderen Reichsfachgruppe für Kalk- und Ziegelträger. Die Belange der Träger sind so innig mit denen der Hilfsarbeiter verbunden, daß eine Trennung der Gruppen zum Schaden beider wäre. Außerdem hat die Entwicklung der Technik in der Frage des Materialtransportes am Bau immer mehr die Ausschaltung des eigentlichen Trägers zur Folge. Die Hilfsarbeit am Bau bekommt dadurch ein sich fortwährend änderndes Gepräge, wodurch die Belange aller Hilfsarbeiter immer mehr die gleichen werden und eine geschlossene Gruppe bedingten. Den besonderen örtlichen Verhältnissen kann durch Bildung von Sektionen entgegen werden.“

Der Verbandstag der Hilfsarbeiter erklärt sich gegen die Bildung einer besonderen Reichsfachgruppe für Kalk- und Ziegelträger. Die Belange der Träger sind so innig mit denen der Hilfsarbeiter verbunden, daß eine Trennung der Gruppen zum Schaden beider wäre. Außerdem hat die Entwicklung der Technik in der Frage des Materialtransportes am Bau immer mehr die Ausschaltung des eigentlichen Trägers zur Folge. Die Hilfsarbeit am Bau bekommt dadurch ein sich fortwährend änderndes Gepräge, wodurch die Belange aller Hilfsarbeiter immer mehr die gleichen werden und eine geschlossene Gruppe bedingten. Den besonderen örtlichen Verhältnissen kann durch Bildung von Sektionen entgegen werden.“

Verbandstag der Tiefbauarbeiter.

Am 24. September versammelten sich im Dresdener Volkshaus die Abgeordneten unserer Reichsfachgruppe zu ihrem 2. Verbandstag. Mit der Leitung des Verbandstages wurde Otto, Reichsfachgruppenobmann, ferner die Mitglieder des Fachgruppenrates, Forrow, Berlin,

und Haußinger, München, betraut. Außer der eigentlichen Tiefbauarbeitergruppe waren auf dem Verbandstag auch noch die Pfahtrammer- und die Steinarbeiterfachgruppen unseres Bundes vertreten.

Bei seinen Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht gedachte der Reichsfachgruppenobmann Hermann Otto zunächst der seit dem 1. Verbandstag unserer Reichsfachgruppe verstorbenen Kollegen, insbesondere des Kollegen Pflücker, Frankfurt a. M. Die Herausgabe eines Sonderheftes für die Tiefbauarbeiter habe sich für die Organisation nicht als zweckmäßig erwiesen, weil diese Zeitungen vielfach nicht verteilt werden, sondern schon in den Baugewerkschaften liegend geblieben sind. Auch in der Fachgruppenleitung seien immer noch viele Baugewerkschaften sehr nachlässig. Es müsse unbedingt überall dort Fachgruppen gegründet werden, wo es für uns organisatorisch von Vorteil ist. Zwar habe sich unsere Mitgliederzahl seit dem Vorjahr um einige hundert gehoben, aber es sind noch immer eine sehr große Zahl Tiefbauarbeiter unorganisiert. Nach den Berichten der Tiefbauarbeitervereinigungen sind im Tiefbau insgesamt 308 000 Menschen beschäftigt. Schätzungsweise befinden sich darunter etwa 140 000 Köstfanten und auch Facharbeiter, so daß etwa 170 000 ungelernete Arbeiter übrigblieben, die für unsere Organisation zu gewinnen wären. Da wir nur 21 500 Mitglieder haben, so ergibt sich, daß das Organisationsverhältnis der Tiefbauarbeiter sehr schlecht ist. Viel Schwierigkeiten bereiten noch immer die Köstfantenarbeiten, die vielfach auf Kosten der eingearbeiteten Tiefbauarbeiter betrieben werden. Es müsse unsere Aufgabe sein, den politischen Parteien betätigend, daß so wie bisher nicht mehr Köstfantenarbeiten beauftragt werden dürfen. Auch für die Lohnpolitik seien Köstfantenarbeiten sehr oft hinderlich. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm habe sich bisher auch nicht so ausgemirkt, wie es in den großen Reden vorhersehen worden ist. Hier habe die Politik wieder einmal nur geredet und die Bureaukraten gehandelt. Es ist möglich, daß sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Jahre 1930 mehr und besser auswirken werde. Der Redner besprach darauf die Organisationsfreitragen, die sich zwischen unserm Bund und dem Verkehrsbund sowie mit dem Steinarbeiterverband ergeben haben. Der Verkehrsbund verfolge hier und da in unser Organisationsgebiet einzugreifen, der Steinarbeiterverband habe durch Schaffung eines allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrages für Straßenbau versucht, Tiefbauarbeiter an sich zu ziehen. Eine ähnliche Streitfrage entstände wegen der Brunnenbauer mit dem Metallarbeiterverband, der an einem Ort einen Tarifvertrag abschloß mit Brunnenarbeiterlöhnen, die unter den von uns vereinbarten Löhnen liegen. Wir haben von diesen Vorgehissen schon einiges wieder ausgeholt. Es wird aber noch einige Zeit dauern, bis wir den entstandenen Schaden wieder beseitigt haben. Die sogenannte Lehrlingsfrage im Tiefbau sei noch nicht spruchreif. In der Industrieverbandssfrage zeige sich immer mehr die Notwendigkeit der organisatorischen Zusammengehörigkeit von andern Berufsgruppen.

In der Aussprache erörterte Stampe, Emden, die Umwandlung der Bevölkerungszahl, aus der sich in der Nachkriegszeit die Tiefbauarbeiter rekrutieren. Früher waren dies vielfach Ausländer, an die wir wegen der sprachlichen Schwierigkeiten nur schwer herankommen konnten. Heute sind es Deutsche, die meistens schon einmal irgendwo gewerkschaftlich organisiert waren und sich heute dank „billiger“ Organisation um die zuständige Organisation herumdrücken. Dazu kommt die Tarifpolitik anderer Gewerkschaften, deren Tarife unter den von uns abgeschlossenen Tarifen stehen, ganz abgesehen davon, daß diese Organisationen sich auf ein Gebiet begeben, für das nur der Baugewerksbund zuständig ist. Auf diese Frage darf hin, daß der Verbandstag auch über die Frage entscheiden müsse, ob die Löhne für die Tiefbauarbeiter wie bisher gemeinsam mit andern Gruppen oder selbständig und unter besonderer Berücksichtigung örtlicher und bezirkslicher Verhältnisse festgesetzt werden sollen.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Kollegen Stampe, Emden; Schönhammer, München; Wagner, Elm; Ach, Darmstadt; Wolf, Almburg; Wagnersch, Berlin; Klose, Berlin; Köhler, Hamm; Wagnersch, Köln; Albers, Hamburg. Aus der Aussprache ging hervor, daß es in München mit der Organisation der Tiefbauarbeiter wieder vorwärtsgeht, leidit nicht mit der der Köstfantenarbeiter. Eine besondere Zeitung für Tiefbauarbeiter ist notwendig. Für Württemberg ist von den Steinarbeitern ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der beispielsweise in Elm für die Steinarbeiter einen niedrigeren Lohn vorsieht als den vom Baugewerksbund vereinbarten. In ähnlicher Weise machte dort auch der Fabrikarbeiterverband Lohnpolitik. Alle Redner führten heftige Beschwörungen über Einbrüche in das Organisationsgebiet des Baugewerksbundes. So versucht der Fabrikarbeiterverband im Almburger Bezirk Kalksteinbrucharbeiter, die im Sommer bei demselben Unternehmer an dem Hochbau arbeiten, für sich zu gewinnen. Dabei hätte der Bezirksleiter des Fabrikarbeiterverbandes in seinem Wohnort in Frankfurt a. M. Gelegenheit, von den 10 000 Chemiearbeitern noch 8000 Mann zu organisieren. Beschwörde wurde auch darüber geführt, daß manche Leiter von Baugewerkschaften für die Organisation der Tiefbauarbeiter kein genügendes Interesse aufbrächten. An dem schlechten Organisationsverhältnis sei auch die KPD schuld, die besonders während der Inflationszeit die Arbeiter gegen die Gewerkschaften gehbt und sie kopflos gemacht habe. Für die Organisation der Tiefbauarbeiter müßten künftig mehr Mittel aufgewendet werden, zumal die Arbeit der Tiefbauarbeiter sich immer mehr zu einer Berufsarbeit entwickelt und die Tiefbauarbeiter angezogen werden können. Zahl ein Kernstück des Baugewerksbundes werden können. Unter keinen Umständen dürfe man die Tiefbauarbeiter „verlacken“ lassen. Leider habe der Reichstarifvertrag bei den Aufschichtungsarbeiten einen Rückschritt gebracht. Es sei notwendig, die für Tiefbauarbeiter geltenden Bestimmungen des Reichstarifvertrages scharf zu verteidigen. Aus der Pfahtrammerfachgruppe wurde berichtet, daß die

Simmerer vielfach versuchen, die von ihnen früher ver-

In seinem Schlusswort sagte Otto, daß sich die Tief-

Dann sprach Kollege Otto über das Arbeiten mit

Selbst einigen Jahren werden in Baugewerbe Pre-

Dann wurde Stellung genommen zu den Anträgen

Verbandsstag der Asphaltierer.

Am 27. und 28. August hielt die Reichsfachgruppe der

Den gedruckt vorliegenden Bericht über die Tätigkeit

13 Wochen bei uns in unserm Beruf beschäftigt ist, muß

Wer unsern Bund häßt, häßt sich selbst!

Oslo vom Bundesvorsitz, Krieglisch, Berlin. Mit

Leber, die Arbeit am Kompressor und an

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund.

Table with columns: Statistik, Zahl d. Bau-gewerkschaftsmitglieder, In den berichteten Baugewerkschaften, waren am Feststellungs-tage arbeitslos. Rows list various cities and their respective statistics.

gegen 374 756 in der Vorwoche. Arbeitslos waren

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter.

Löhner: Geperlt ist für Osenfeger Burg bei Magde-

Stopf i. P. Die Lohnbewegung der Osenfeger ist be-

Oberschlesien. Die Osenfeger sind hier in den Streik

Hohenleipisch. Bei der Firma Krüger & Aise, Wumen-

Stofffabrik, ist es zur Arbeitsüberlegung gekommen.

Firma versucht in selbstherrlicher Art Verträge und ge-

Bestimmungen außer Kraft zu setzen. Die Arbeiter-

Vertretung, die gegen diese Diktatur protestierte und die

Rechte der Arbeiter zu schützen versuchte, wurde gemä-

regelt. Verhandlungen wurden glatt abgelehnt. Diese

Unterdrückung der Belegschaft hat nunmehr zur Explosion

geführt. Herr Krüger hat nicht nur die Arbeiter seines

Fabrikbesitzes gegen sich, sondern den Baugewerksbund. Dieser

wird dafür sorgen, daß Herr Krüger endgültig die Organi-

sation anerkennt. Wir werden dafür sorgen, daß das Be-

triebskräftegesetz sowie die Verträge, die mit der Organi-

sation des Herrn Krüger abgeschlossen sind, eingehalten wer-

den. Nicht eher wird die Arbeit aufgenommen, bis Herr

Krüger erklärt, seine Diktaturgefälle für alle Seiten zu

unterlassen!

Aus den Baugewerkschaften

Witersheim a. Harz. Am 10. September feierten wir

damit war eine Ernung für 3 Kollegen, die auf eine

25jährige Mitgliedschaft zurückzusehen können. Es sind

dieses K. Sillmann, K. Fabijus und W. Sillmann.

Kollege Drems aus Hannover hielt die Festrede. Er

schilderte den Ursprung des Verbandes, seine Entwicklung

und seine Kämpfe. Es sei anzuerkennen, daß sich in

einem Dorf wie Witersheim die Organisation stets stabil

abspalten hat. Dafür sei den Jubilaren besonderer Dank

abzusprechen. Ferner schilderte er die Erfolge unserer Lohn-

politik. So betrug in Witersheim vor dem Krieg der

Stundenlohn 30 J., heute beträgt er 74 J. Dieser Erfolg

wäre ohne Organisation unmöglich gewesen. — In der

Feter nahmen auch die Zimmerer, Dachdecker und Be-

schliffe teil. Die Feter verlief in schönster Harmonie, sie

wird den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

Weißig, Am 2., 6. und 7. September veranstaltete die

Baugewerkschaft Weißig drei große Werbeveranstal-

tungen im ober-schlesischen Industriegebiet. Kollege

Scheibel vom Bundesvorstand sprach über den Inter-

essenkampf der Bauarbeiter. Ganz besonders wies er

darauf hin, daß wenn wir den Kampf für die Interessen

der Bauarbeiter in den Vordergrund stellen, auch Inter-

essenorganisationen haben müssen. Diese bestehen einmal

aus Interessenorganisationen der Arbeiter und auf der

anderen Seite der Unternehmer. Beide Teile führen den

Kampf um ihre Existenz, der Arbeitnehmer für seine

Lebensbedürfnisse und der Unternehmer für seinen Profit.

Redner machte ferner den Kollegen klar, daß der Ar-

better der wichtigste Faktor in der Wirtschaft ist und nur

durch die Interessenorganisation zur Wirtschaftsmacht ge-

langen kann. Das Wort „Wirtschaft“ dürfte wohl jedem

Arbeiter nicht so leicht verständlich sein, wie es aus-

gesprochen wird, denn damit ist gesagt, daß die Arbeiter

im allgemeinen die Macht an sich reißen sollen und so-

mit zu gleicher Zeit auch die Wirtschaft als solche vor-

wärts treiben. Er wies ganz besonders darauf hin, daß

nur durch die Interessenorganisation die Wirtschaftsver-

hältnisse des Arbeiters ausgeglichen werden können, und

das ist ganz besonders im Baugewerbe durch die Schaffung

des Reichsarbeiterkongresses geschehen. Wenn er auch nicht

ganz unsere Auffassungsschauungen entspricht, so wird

es aber die Aufgabe der Bauarbeiter sein, mehr denn je

für die Durchführung des Kongresses zu sorgen. Aber nur

durch Geschlossenheit können wir zum Ziel gelangen. Er

wies ganz besonders auf die Worte der alten Vorkämpfer

„Wissen ist Macht“ in den Vordergrund gestellt haben.

Nicht immer kann dem Willen der Arbeiter Wenige ge-

genügen, indem man glaubt, jede Kleinigkeit durch einen

Kampf zu erzwingen, sondern es muß auch in der fähren-

den Masse die Vernunft vorherrschend sein, geregelte Ver-

hältnisse auch einmal durch Verhandlungen aufzustande-

bringen. Der Bessert der Anwesenden bewies, daß diese

ausgezeichneten und sachlichen Worte nicht auf leeren

Worten gefallen sind, und mit dem Wunsche eines baldigen

Wiedersehens gingen alle drei zahlreich besuchten Ver-

sammlungen auseinander.

Leipzig. (Jubiläum der Zahlstelle Eilen-

burg.) Am 17. September waren die Kollegen unserer

Zahlstelle zusammengekommen, um durch eine würdige

Feter deren zu gedenken, die in den 31 Jahren des

